

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
u. des Berufsverbandes christlicher Futurbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Nr. 3	Erscheint alle 14 Tage Samstags. Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder monatlich 25 Mark ohne Bestellgeld.	Köln, den 3. Februar 1923. Geschäftsstelle Denderwall 9. Fernruf Anno 8538	Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratannahme: Otto Klein, Berlin SW 47, Mödernerstraße 67.	20. Jahre.
-------	--	---	---	------------

An die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Frankreich ist in das Herz des Ruhrgebiets einmarschiert. Wiederum hat es von ihm selbst für heilig erklärten Verträgen, jedem Völkervertrag höhnend, ins Gesicht geschlagen. Es ist nicht Friede, es ist Krieg. Frankreich will nicht Frieden, nicht den Wiederaufbau Europas, auch nicht Reparationen, es will die Zerkleinerung des deutschen Volkes. Die kleine Schicht der Großkapitalisten, die seine Politik beherrscht, will sich von der Fronarbeit des deutschen Volkes mästen. Wir Deutsche gehen alle noch schwereren Zeiten entgegen, als die, welche wir bisher zu ertragen hatten, Unfreiheit, Unterdrückung, tausendfältige Quälereien durch fremden Militarismus und Kapitalismus sind das Los unserer Brüder im besetzten Gebiet. Aushöhlung der wirtschaftlichen Grundlage, Zermürbung des Widerstandswillens, Aufreißung aller gegen alle im Kampf um das Existenzminimum, Auflösung des Reiches ist das Ziel der französischen Macht- und Durchpolitik. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet ist eine Etappe zu diesem Ziel.

Wir leiden, wir werden mehr leiden, aber wir verzweifeln nicht. Es wird Frankreich nicht gelingen, mit den Bajonetten die Wirtschaft und Kultur ganz Europas zu vernichten. Es wird ihm nicht gelingen, das deutsche Volk auseinanderzureißen. Schon ist die ganze Welt erschüttert in der Abnung der Dinge, die Frankreich heraufbeschwört. Es wächst in Deutschland der einmütige Widerstand des gesamten Volkes gegen unser Elend und gegen den französischen Vernichtungswillen. Bald kommt der Tag, da die Vernichtungspolitik Frankreichs ihm selbst ein grausames Erwachen bereitet. Frankreichs politischer Sadismus greift in unser innerstes Leben ein. Wir sind machtlos, aber wir werden der Welt beweisen, daß wir um des Rechtes und unseres nationalen Lebens willen Neuhesperes zu wagen bereit sind.

- Deutscher Gewerkschaftsbund:
- Gesamtsverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Otto)
- Gesamtsverband deutscher ungeschulten-Gewerkschaften (Thiel)
- Gesamtsverband deutscher Beamten- und Dienstanten-Gewerkschaften (Wattke)

Die Not unseres Volkes.

Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zeigen sich bereits die verheerenden Folgen der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen. Die Kohlenförderung ist bereits erheblich zurückgegangen. Ganz Deutschland ist von der Gefahr einer sehr ausgebreiteten Arbeitslosigkeit bedroht. Diese würde geradezu katastrophale Wirkungen haben, da sie zeitlich zusammenfällt mit einer bisher noch nie gekannten sprunghaften Steigerung aller Lebensmittelpreise. Der Dollar klettert unaufhaltsam. Dieser rapide Währungsverfall stellt uns unmittelbar vor die Gefahr des Hungers.

Ein großer Teil unseres Volkes litt schon vor dem Gewaltakt der Franzosen Hunger. Die Lage dieser Volksschicht wird durch die neue Preissteigerung geradezu verzwiefelt. Der preussische Minister Hertfelder hat im Dezember durch Kräfte des Sachverständigenrats Wohlfahrtsministeriums vor Vertretern der ausländischen Presse Vorträge halten lassen über die gesundheitliche Verelendung des deutschen Volkes.

Weiße Schichten unseres Volkes können die für eine normale Ernährung erforderlichen Mengen der wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, da die Preise für Fett, Fleisch, Milch, Eier usw., ja selbst für Brot und Kartoffeln seit dem Sommer 1922 eine erschreckende Höhe erreicht haben. Zahlreiche Familien, namentlich der städtischen Bevölkerung, kleine Gewerbetreibende, Sozialrentner, alte Leute usw., führen bereits ein ausgesprochenes Hungerdasein. Die Meldungen über Todesfälle an Hungerern, über Selbstmorde aus Verzweiflung und Hunger mehren sich. Besonders bedenklich erscheint die gesundheitliche Zukunft unserer Kinder. Selbst die vor und während des Krieges geringe Säuglingssterblichkeit nimmt seit Mitte 1922 zu. Aus 24 von den 35 preussischen Regierungsbezirken werden Beobachtungen über die neuerliche Unterernährung der Kleinkinder und Schulkinder berichtet. Die gemeldeten Ziffern über Unterernährung gehen zum Teil erheblich über 50 Prozent hinaus. Strophulose, Drüsenerkrankungen, Rachitis zeigen wieder eine deutliche Zunahme. Hunderttausende unserer Kinder bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Die Tuberkulose, die während des Krieges erheblich angestiegen, nach dem Kriege aber wieder etwas zurückgegangen war, steigt neuerdings wieder bedenklich an. Schlechte Ernährung, Wohnungsnot usw. sind die Hauptursachen dieser Erscheinung. Der Kohlenmangel hat seit Anfang 1922 ein Ansteigen der Erkrankungsfrankheiten bewirkt. Allein im 1. Quartal 1922 betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenerkrankungen 17.785 gegenüber nur 14.549 Todesfällen im 1. Quartal 1921. In den Städten über 15.000 Einwohnern liegt die Zahl der Todesfälle an Erkrankungsfrankheiten von 22,9 (auf 10.000 Einwohner berechnet) im

1. Vierteljahr 1921 auf 39,9 im 1. Vierteljahr 1922. Der Mangel an Wäsche, die Verelendung der Bademöglichkeiten, die Verteuerung der Seife machen Tauben eine geordnete Körperpflege unmöglich. Die Folgen sind Hautkrankheiten und eine Zunahme der Seuchengefahr.

Das ist das deutsche Volk, das einst auf der Höhe stand. Ausgemergelt, entkräftet, ohnmächtig liegt es am Boden. Amerika schickt seine Quäler und das humane Frankreich, die Kulturnation — schickt uns Kanonen und Bajonetten ins Land. Du blinde Welt! Der einzige Lichtblick, der sich in diesen Tagen der Erniedrigung des deutschen Volkes anbahnt, ist der unbeugliche Wille der Arbeiter und der Industriellen des Ruhrgebiets, dem französischen Eindringling Trotz zu bieten sowie die Solidarität der Volksgenossen außerhalb des besetzten Gebietes mit den Bewohnern an der Ruhr und am Rhein. Wäge der Widerstand, der den französischen Machtgelübten entgegen gestellt wird, recht bald den Erfolg zeitigen, die Fremdlinge in unserem Lande davon zu überzeugen, daß das deutsche Volk freiwillig bereit ist, die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, niemals aber Sklavenarbeit leisten wird.

Aufstieg oder Niedergang?

Ein ernstes Wort zu den Betriebsratswahlen. Ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiter befindet sich zur Zeit in einer wenig erfreulichen Geistesverfassung. Der Druß der wirtschaftlichen Not, der auf unserem Volke lastet und der nicht zuletzt die Arbeiterschaft trifft, hat aufsteigend auch die geistige Einstellung stark beeinflusst.

Radikalismus und Indifferentismus haben in der deutschen Arbeiterschaft starken Eingang gefunden. Sie bedrohen nicht nur den sozialen Fortschritt der Zukunft, sondern wirken auch zersetzend auf das in der Vergangenheit für die Arbeiterschaft Erreichte. Während der Radikalismus keinen anderen Ausweg aus den Nöten der Zeit kennt, als alles zu zerstören, glaubt der Indifferentismus der Arbeiterschaft empfehlen zu müssen, nichts zu tun, da „ja doch alles Tun vergeblich“ ist. Mit einer solchen geistigen Einstellung erreicht die Arbeiterschaft nicht ihr Ziel, befreit sie sich nicht aus den Fesseln wirtschaftlicher und seelischer Not. Nur der Glaube an den Sieg des Guten, an dessen allmähliche Durchsetzung, an die Notwendigkeit intensiver Arbeit, verleiht das, was der Arbeiterschaft zu ihrem Ziele frommt: den Willen zur Tat, den Willen zu treuer Pflichterfüllung und zum Ausscharren in mühevoller Tätigkeit.

Aber dem Radikalismus oder dem Indifferentismus verfallen die Arbeiter keinen Kreisen in die Hände, die die soziale Reaktion wollen. Jene Kreise richten sich in ihren Bestrebungen insbesondere gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft.

Eine sehr große Anzahl Syndizi und Juristen sind an der Arbeit, um das geltende Arbeitsrecht so zu verdrängen und so zu gestalten, daß möglichst nur noch ein Unternehmerrecht übrig bleibt.

In der schärfsten Weise wird der Kampf geführt gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Die Vorhatten radikaler Arbeitervertreter werden dabei zum Vorwand genommen. Aber den Radikalismus nimmt man vielfach zum Vorwand, um auch die vernünftigen Arbeiter zu entrechten. Ein Kernpunkt ist bei manchen Arbeitgebern alles, was deren Alleinherrschaft hinderlich ist. Man will wieder, wie es früher hieß: „Der im Hause sein“. Und diesem Wollen arbeiten Radikalismus und Indifferenzismus in der Arbeiterschaft geradezu in die Hände.

Wer wagt etwa zu behaupten, daß die antisozialen Strömungen so stark geworden wären, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit mit kühlem Verstand und warmem Herzen das tut, was ihr frommt!

Niemals wird es möglich sein, der Arbeiterschaft den Aufstieg und den Weg zur Gleichberechtigung zu versperren, wenn sie in gleicher Weise

Gewerkschaften und Betriebsräten

die Treue hält. Aber hier fehlt's. Statt der gemeinsamen Arbeit reht man zusehends an Kritik, die die gutgemeinte Tätigkeit verleiht, steht Teilnahmslosigkeit und Verzagttheit! So aber kommen wir nicht zum Ziel.

Was not tut, ist klare Befassung der Aufgaben der Arbeiterschaft. Nicht Schlagworte gegen den Kapitalismus, nicht die Forderung der Sozialisierung der Wirtschaft verbessern ihr Los! Es muß die Einsicht kommen, daß nur aus der Mitbestimmung in der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft dieser das erwächst, was sie sucht: Der Kampf gegen den Kapitalismus muß einmünden in die Indienststellung des Kapitals für eine den sittlichen Ansprüchen gerecht werdende Wirtschaft. Der Kampf um die Wirtschaft darf nicht sein ein Zerhacken der Wirtschaft, sondern ein Mitbestimmen wollen. Niemals aber ist die Wirtschaft zu beherrschen durch die Eringung von äußerer Macht. Die Beherrschung der Wirtschaftsprobleme ist in kürzester Weise eine Frage des geistigen Könnens. Das geistige Können aber kann nicht erkämpft, sondern nur erarbeitet werden.

Die Betriebsratsmitglieder

sind die Vertreter der Arbeiter, die in erster Linie in der praktischen Erfahrung das Rüstzeug gewinnen müssen, mittels dessen die Wirtschaft zu verfrachten ist und das Wohl der lohnarbeitenden Menschheit gefördert werden kann. Wer die Arbeit der Betriebsräte nicht reht und nicht schützt, wer seinen Anteil daran nimmt aber wer zuseht, daß ungeeignete Arbeitervertreter tätig sind, der verflündigt sich an den

Interessen seines Standes.

Von heute auf morgen kann auch kein Betriebsrat die Menschheit glücklich machen. Aber wo im Betriebsrat sich ernster Wille mit so vielen Können paart, da wird dem Fortschritt der Weg bereitet. Langsam nur geht in der Menschheitsgeschichte die Entwicklung weiter und langsam führt auch die Betriebsratsstätigkeit zum erstrebten Ziel. Das ist immer zu bedenken.

Wer aber den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Arbeiterschaft will, wer nicht zu jenen zählen mag, die in geistiger Trägheit verlaufen „Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen“, der beginne seine Tätigkeit nicht mit der Kritik an den Betriebsräten, sondern wende bereits mit bei deren Wahl.

Katholik u. freie Gewerkschaften.

Seit Jahr und Tag bemüht sich die sozialistische Presse und mit ihr die „freien“ Gewerkschaften, nachzuweisen, daß ein gläubiger Christ kein Mitglied einer „freien“ Gewerkschaft sein kann. Die Beweisführung reht meist auf so schwachen Füßen, daß es gar nicht schwer fällt, den Gegenbeweis zu führen.

Neuerdings schlägt die sozialistische Presse einen Weg ein, von dem man nicht weiß, ob er ernst gemeint oder niederträchtiger Spott und Hohn ist. Man kann auf einer Kraftmachtschöpfung mal eine Blechrede reden. Man läßt es sich dann gefallen, wenn der Redner Behauptungen und Schlussfolgerungen ausstellt, über die man einfach lacht. Das will ja auch der Redner. Doch Kraftmacht ist nur einmal im Jahre. Und die heutige Zeit ist vollends zu ernst, um solche Späße zu machen. Aber nun lese man, was in den letzten Wochen durch einen Teil der sozialistischen Presse geht:

„Untersuchen wir zunächst die positiv angeführten Gebote und Verbote, die für einen Katholiken, der die Vorschriften seiner Religion genau kennt, in Frage kommen. Es sind zunächst die sogenannten fünf Gebote der Kirche, weiter der „Dekalog“ — die zehn Gebote Gottes — und die Gebote der Natur. Der Rang dieser drei Arten von Vorschriften ist derart, daß bei etwaigen Zusammenstößen das Gebot der Natur vor den Geboten des Dekalogs steht und diese wieder vor den Geboten der Kirche. Es ist also, um einen Vergleich aus dem Zivilrecht dem Kirchenrecht gegenüberzustellen, ähnlich wie in der Reichsverfassung, wonach Reichsrecht vor Landesrecht geht. Aber wir finden noch nicht einmal Vorschriften, weder in den fünf Geboten noch in den zehn Geboten, die nur im entferntesten ein Verbot der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften rechtfertigen würden. Ganz im Gegenteil — wenn man die Auslegung des Dekalogs und der Gebote der Natur streng nimmt — verbietet der strenggläubige Katholik, der sich den freien Gewerkschaften nicht anschließt, gegen die eben angezogenen Vorschriften. Der Mensch hat nämlich nach den Vorschriften der Natur und nach der Auslegung des Gebotes 5 des Dekalogs (du sollst nicht töten!) die Pflicht, nicht nur seine Mitmenschen leben zu lassen, sondern auch sein eigenes Leben, das er gewissermaßen von Gott zur Verwaltung bekommen hat, möglichst gut zu erhalten. (Man vergleiche den Beschäufel in den katholischen Katechismen und die Kommentare zum fünften Gebot.) Um dies in der heutigen Zeit, der Epoche der Ausbeutung des Proletariats durch die Unternehmer, bewerkstelligen zu können, muß der gläubige Katholik, der sich, wie vorstehend geschildert, genau nach den Vorschriften seiner Religion richtet, alle tauglichen Mittel zur Verwirklichung des zu erreichenden Zieles ergreifen. Sein klarer Verstand sagt ihm, daß die Organisation, die am mächtigsten und einflussreichsten ist, die „freie“ ist. Ihr muß er sich also anschließen.“

Recht treffend bemerkt dazu die Westdeutsche Arbeiterzeitung, das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands: „Also, nun haben wir es: Es ist Pflicht eines Katholiken, einer freien Gewerkschaft beizutreten! Ehemal sagte man beiheiden: es ist erlaubt, jetzt heißt es: es ist Pflicht, mit anderen Worten Sünde, wenn man den freien Gewerkschaften fernbleibt. Es muß nämlich der Katholik sein Leben möglichst gut erhalten, dazu muß er alle tauglichen Mittel anwenden, die freien Gewerkschaften sind ein solches, also ist es Pflicht.“

Das gleicht der Fingerfertigkeit bei irgendeinem Taschenspielerkunststück, wo der Zuschauer verblüfft zusieht und dann logisch lacht. Ein Wörtchen wird so nebenher genannt, von dem aber die ganze Beweisführung abhängt: das Wörtchen „tauglich“. Darum dreht sich ja die Streitfrage. Die freien Gewerkschaften sind aber für den Katholiken nichts weniger als ein taugliches Mittel. Ein Mittel, sein Leben zu erhalten, und zwar oft recht gut und bequem, können auch Raub, Diebstahl und Betrug und ähnliches sein. Wenn jemand solche Mittel taugliche Mittel nennen will, so kretzelt man darüber nicht mit ihm, für den Katholiken handelt es sich hier nur um Sünde und Verbrechen.

Der Vergleich, den wir hier gebrauchen, ist wohl drastisch, aber gegenüber einem derartigen Vergleichen, wie es die sozialistische Presse beliebt, ist er wohl angebracht. Für den Katholiken ist und bleibt die Zugehörigkeit zu einer

freien Gewerkschaft ein unerlaubtes Mittel. Und zwar um so mehr, je größer für das jeweilige Mitglied die daraus entstehenden zeitlichen Gefahren sind. Hier kommt, was man beachten möge, nicht bloß die eigene Person des betreffenden Mitgliedes in Betracht, sondern auch das Wohl der Familie, besonders seiner Kinder. Wenn der Vater einer freien Gewerkschaft angehört, werden die Kinder fast tödlicher ihr auch angehören; begnügt sich der Vater unter Umständen mit der sozialistischen Gewerkschaft, bleibt er der sozialistischen Partei noch fern, werden dann die Kinder lechter auch tun? Es ist ein alter Erfahrungsgrundsatz, daß eben das „Böse fortzeugend Böses muß gebären!“

Wer sein eigenes Leben oder das der Seinigen leichtfertig aufs Spiel setzt, handelt frevelhaft. So handelt auch der Katholik frevelhaft, wenn er sein eigenes religiöses Leben oder das seiner Familie in Gefahr bringt. Das sagen nicht nur die zehn Gebote Gottes, das sagt auch das Gebot der Natur und Vernunft.

Die „Ungelehrten“ auf dem Arbeitsmarkte.

Unter dem Einflusse der Balmatonsjunktur und der Teuerung hat sich am deutschen Arbeitsmarkte eine bemerkenswerte Zunahme des Angebots von ungelehrten Arbeitskräften beiderlei Geschlechts eingestellt. Es handelt sich dabei z. T. um Personen, die früher nicht daran gedacht haben, Arbeit und Verdienst in fremden Unternehmen zu suchen, da der Kleinbürgerliche Haushalt der Eltern oder auch das Arbeitseinkommen des Ehemannes ihnen den erforderlichen Unterhalt gewährte. Außerdem macht sich aber in neuerer Zeit eine auffallende Zunahme des Angebots von Ungelehrten aus den Reihen der Jugendlichen bemerkbar. Diese Erscheinung findet ihre Erklärung und ihr Pendant in der gleichzeitig zu beobachtenden Verminderung der Zahl der Lehrlinge in gewerblichen Betrieben. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse macht es unendlich vielen Familienvätern ganz unmöglich, den Kindern diejenige Fachausbildung angedeihen zu lassen, die sie ihnen vielleicht sehr gerne auf den Lebensweg mitgeben möchten. Es kommt hinzu, daß unter dem Einflusse der Tarifverträge und des gewerkschaftlichen Organisationswesens die früher so vernachlässigten Einkommensverhältnisse der jugendlichen und ungelehrten Arbeiter sich relativ stärker gehoben haben, als diejenigen der Facharbeiter oder gar der Angehörigen der sogenannten intelligenten Berufe. Bei den letzteren rächen sich jetzt die Fehler früherer Zeiten, insbesondere die aus einem gewissen Standeshütel entsprungene Abneigung gegen gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und eine Ueberfüllung mit ungeeigneten Elementen. Im Hinblick auf diese Sachlage zieht es so mancher Familienvater vor, seine schulentlassenen Kinder möglichst rasch dort unterzubringen, wo sie ein paar Mark verdienen und zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes etwas beitragen können. Man kann unter den heutigen Verhältnissen dieses Verhalten der Eltern sehr wohl verstehen. Besonders dort, wo es sich um kinderreiche Familien handelt, wird oft tatsächlich jede Möglichkeit fehlen, den Aufwand für eine regelrechte Lehrzeit zu betreiben. Und doch sollten sich die Familienväter, wenn die Verhältnisse nicht ganz hofflos sind, nicht so leichten Herzens entschließen, ihre Kinder ohne weiteres in das große Meer der ungelehrten Arbeiter entziehen zu lassen. Der Werkkriter hat uns unendlich vieler Facharbeiter im besten Mannesalter beraubt. Selbst in Zeiten knappen Konjunktur werden die Betriebe des Handwerks und der Industrie in ihrem eigensten Interesse darauf bedacht sein müssen, sich einen Stamm gelernter Spezialisten zu erhalten. Die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit sind in der Regel die Ungelehrten. So zeigen auch gegenwärtig die

Berichte der Landesarbeitsämter aus allen Teilen Deutschlands einen anhaltenden Mangel an Facharbeitern in manchen Berufen, während das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte der Ungelernten sich von Tag zu Tag verschlechtert. Die Rückwirkung auf die Lohnverhältnisse kann kaum zweifelhaft sein. Die Hoffnung so vieler Familienväter, daß die heranwachsenden Kinder in der Lage sein würden, zur Bestreitung der Unkosten des Haushalts mitzutragen zu helfen, kann sehr leicht im kommenden Winter eine Enttäuschung erfahren. Schon jetzt hört man häufig Klagen darüber, daß der scheinbar hohe Lohn der Jugendlichen doch nicht ausreicht, um ihre Existenz auch nur teilweise zu bestreiten. Der Betrag, den sie ihren Eltern abgeben, steht nicht entfernt im angemessenen Verhältnis zum notwendigen Aufwand für Ernährung, Wohnung und Bekleidung. Was soll aber erst werden, wenn die Arbeitslosigkeit weiter um sich greift und die ungelerten Jugendlichen Arbeiter als erste entlassen werden? Neben dieser rein privatwirtschaftlichen Seite hat die Vernachlässigung der beruflichen Ausbildung auch große wirtschaftliche Bedeutung. Deutschlands Stellung am Weltmarkte verliert in dem Maße an Kraft, wie sich die Zahl unserer Qualitätsarbeiter verringert. Deshalb sollten Staat und industrielle Verbände im Interesse der Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dort eingreifen, wo die Familie infolge der ungünstigen Zeitverhältnisse nichts mehr tun kann. Die Heranbildung eines sachmännlichen Nachwuchses ist eine Lebensfrage der deutschen Wirtschaft.

Lohnbewegungen.

In der Herrenkonfektion fanden am 27. Januar zentrale Verhandlungen statt. Das Ergebnis ist folgendes: Der Teuerungszuschlag erhöht sich ab Lohnwoche, in die Montag, der 29. Jan. fällt, auf 55,200 Proz. Das ist eine Erhöhung der Lohnsätze um 80 Prozent. Die Zeittlöhne werden an den sehr zuvilliggebliebenen Orten ausgeglichen. Die Forderung auf Erhöhung des Heimarbeiterzuschlags konnte nicht durchgesetzt werden. Einzelheiten über das Abkommen sind den in Frage kommenden Ortsgruppen zugegangen. Für die Arbeiterkonfektion, Gruppe „Nordost“, fanden am 30. Januar zentrale Verhandlungen statt. Das Ergebnis lag bei Verhandlungsschluss noch nicht vor. Die Verhandlungen in der Maßbranche begannen am 29. Januar in Mannheim. Das Ergebnis ist ebenfalls zur Stunde noch unbekannt.

In der Uniformherstellung sind zentrale Verhandlungen für die ersten Tage des Februar vorgezogen.

Herrenkonfektion.

Das Lohnabkommen in der Herrenkonfektion vom 6. Januar hat unsere in dieser Branche beschäftigten Mitglieder durchaus nicht befriedigt. Unsere Mitglieder können es nicht verstehen, daß eine Industrie, die in den letzten Jahren unbeschritten sehr gute Gewinne abgeworfen hat, nicht in der Lage sein soll, auskömmliche Löhne zu zahlen. Dabei verkennen sie die Schwierigkeiten, mit denen die Arbeitnehmerkommission bei den Verhandlungen zu kämpfen hat, wenn hier oder dort Stimmen laut werden, aus denen herausgeht, die Kommission würde die Belange der Arbeitnehmer nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Deshalb sei auf die Verhandlungen vom 6. Januar noch kurz zurückzukommen.

Unsere Mitglieder haben recht, wenn sie zum Ausdruck bringen, daß die Arbeitgeber sich bei ihrem Widerstreben gegen auskömmliche Löhne auf die Konjunkturlage stützen und die Sorgen nicht genügend beachten, die die Arbeitererschaft bedrücken. Bei der Verhandlung am 6. Januar trat dies deutlich zutage.

Herr Syndikus Stern versuchte gleich zu Beginn der Verhandlung den Arbeitnehmervertretern klar zu machen, in welcher Notlage sich die Konfektion befinde. Er schilderte den Kampf, den sie führe zwischen Stofflieferanten einerseits und den Abnehmerorganisationen andererseits. Dazu komme die ständig steigende Schwierigkeit, die notwendigen Mittel für die Geschäftsführung aufzubringen. Diese Erschwerung wachse mit der Steigerung der auszahlenden Lohnsumme. Wenn es schon schwer sei, einen Lohnbetrag von 1 Million pro Woche aufzubringen, dann steige diese Schwierigkeit, wenn sie auch nur 20 bis 25 Proz. Lohn-erhöhung gewähren sollten, ganz unabweisbar. Aus diesem Grunde könnten die Arbeitgeber gar nicht daran denken, auch nur annähernd das zu bewilligen, was die Arbeitnehmerorganisationen gefordert hätten. Zum Beweise der schlechten finanziellen Lage mancher Firmen führte er an, daß der Antrag gestellt sei, 70 kleineren Verbandsfirmen den Beitrag zum Arbeitgeberverband zu erlassen.

Demgegenüber ist von Arbeitnehmerseite bei der Verhandlung dargelegt worden, daß diese zum großen Teil auch von der Arbeitnehmerseite als richtig anzuerkennende Sachlage, soweit sie die Mittelbeschaffung betrifft, ganz andere Ursachen als die Lohnsteigerung hat. Diese kann dabei nur den kleineren Teil ausmachen, weil der Lohnquotient im Verhältnis zur Friedenszeit dauernd zurückgegangen ist. Der Anteil des Lohnes am Produktpreis beträgt nur mehr den vierten Teil gegenüber der Vorkriegszeit. Dagegen kann doch nicht bestritten werden, daß ganz offensichtlich das Arbeitsvermögen ganz gut verdient haben muß. Denn sonst könnte bei einer Verminderung der Produktion der äußere glänzende Ausbau der Industrie nicht vor sich gehen. Es ist doch bezeichnend, wenn beispielsweise in Wschaffenburg sich die Zahl der Fabriken gegenüber 1914 verdoppelt hat; wenn in allen Konfektionsgebieten die Ausgestaltung der Betriebe in früher nicht geahntem Umfang erfolgte. Doch das ist noch nicht das wesentlichste. Soweit es sich um Verbesserungen der Betriebe und damit um verbesserte Produktionsmöglichkeiten in der Zukunft handelt, kann man auch von Arbeitnehmerseite dagegen nichts einwenden (insoweit hierdurch nicht die Existenzlage der Arbeitererschaft beeinträchtigt ist). Aber es ist doch in der Tat so, daß viel mehr an die Organisation wie an die Produktion gewandt wird. Das ist eine Erscheinung, die leider unser gesamtes Wirtschaftsleben zeigt. Es ist schwer verständlich, warum das Unternehmertum in einer Zeit notwendiger vermehrter Produktion das größte Gewicht auf den Ausbau der organisatorischen und kommerziellen Grundlage legt, dagegen für die Produktionssteigerung nur das Ausschlagsmittel der längeren Arbeitszeit hat. Herr Stern behauptet allerdings, daß Letztere in der Konfektion nicht für die Industrie, sondern für den Handel zu Mag sein, daß es für den Handel stärker zutrifft, die Industrie ist aber auch nicht frei davon. Aber sei dem, wie es will, man kann der Arbeitererschaft nicht plausibel machen, daß bei dieser Sachlage — die doch auch die Arbeitererschaft sehr wohl erkennt — die Einschränkung beim Arbeitslohn erfolgen soll. Die Arbeitgeber behaupten dann, daß persönlich sich heute die meisten Deutschen und auch unsere Fabrikanten einschränken müssen. Das trifft die Arbeitererschaft nicht allein. Was sein, daß der eine oder andere Unternehmer sich hier oder da einschränkt. Die Mehrzahl ist es sicher nicht. Aber darauf kommt es nicht an, sondern, die Arbeitererschaft (und darunter auch der größte Teil in der Konfektion) kann sich ohne Gefährdung der sozialen Existenz nicht mehr einschränken! Das kann man auch durch die nominalen hohen Lohnbeträge nicht wegdspulieren. Die Re-

aktion zeigt die tatsächliche Notwendigkeit der Einschränkungen. Das geht auf die Dauer nicht mehr, und darum müssen sich auch die Arbeitgeber zu genügenden Lohnzuschlägen verstehen. Die letzte Zusage entsprach nicht annähernd dem, was einigermaßen die Anpassung an die Preissteigerung und die Erschwerung der Lebenshaltung bedingte.

Noch ganz kurz kommen wir auf die beantragte Erhöhung der Stückzuschläge für Hosen und schwarze Westen zurück. Diese Forderung wird nicht verschwinden, bis sich die Arbeitgeber zu Zugeständnissen verstehen oder bis es gelingt, mit der Fertigstellung des Reichstariffes ein erträgliches Verhältnis zu schaffen. Die Arbeitgeber wollen deshalb nicht mehr geben, weil sie in Rücksicht auf den Reichstariffvertrag befürchten, zu hohe Beträge als Grundlage für die Berechnungen zu bekommen. Aber man kann doch deshalb nicht einen Teil der Arbeiter einfach unterliegen lassen. Es geht nicht an, für sie Stücklöhne festzusetzen, die wie uns aus Sener Bericht wird, Stundenlöhne von nur 120 bis 130 M ergeben. Es ist eine Ungerechtfertigkeit, die ungünstige Geschäftslage für die Hofensneider in solchem unbilligen Lohnverhältnis auswirken zu lassen. Und darum werden die Arbeitnehmerverbände für diese Forderung der Arbeitererschaft immer eintreten!

Neue Verhandlung in der Strohhutbranche.

Am 3. Januar fand auf Antrag der Arbeitnehmerverbände eine Verhandlung zur Regelung der Löhne für Januar statt. Trotz eingehender Begründung der Forderung konnte eine Einigung, die den Vertretern der Arbeitnehmerverbände tragbar erschien, nicht erzielt werden. Es wurde deshalb das Reichsarbeitsministerium zwecks Erlebigung des Streitfalles angerufen. Letzteres lehnte die Bildung eines Schlichtungsausschusses ab mit der Begründung, daß bei solchen, ständig wiederkehrenden Lohnverhandlungen das R.-A.-M. wegen zu starker Belastung die Vermittlung nicht mehr übernehme. Die Arbeitnehmerverbände möchten sich an einen Schlichtungsausschuss wenden, der auf Grund der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 28. Dezember 1918, § 22, auch für Reichsverhandlungen zuständig sei. Unser Berliner Vertreter fragte darauf beim Arbeitgeberverband an, ob nicht auf Grund der geschaffenen Situation erneut eine Aussprache stattfinden könne. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß inzwischen in einer Besprechung mit den Vertretern des Deutschen Hutarbeiterverbandes eine Einigung dahingehend getroffen sei, von der Lohnwoche ab, in die der 13. Januar 1923 falle, solle der Spitzenlohn 374 M. und der prozentuale Zuschlag auf 1000 Prozent erhöht werden. Das ist der Sak, den der Fabrikantenverband in der Verhandlung am 3. Januar genannt hatte. Uterm 16. Januar wurde uns diese Mitteilung durch folgenden Brief bestätigt:

An den
Berufsverband christlich r. Hutarbeiter,
Lindenburg i. Allgäu.
Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß gelegentlich einer Sitzung der Hutahandelsstelle für Klebtwaren die in dieser Sitzung anwesenden Vertreter der Gewerkschaft Lindenburg uns folgenden Vorschlag zur Belassung der Lohnstreitigkeiten unterbreitet haben:
Erhöhung des Zuschlags von der Lohnwoche ab, in die der Sonntag, 13. Januar 1923 fällt, auf 1000 Prozent, d. h. Erhöhung des Stundenlohnes auf 374 M.
Wir haben diesen Vorschlag dem geschäftsführenden Ausschuss unseres Verbandes zur Stellungnahme unterbreitet. Da derselbe diesem Vorschlage zugestimmt hat, haben wir heute unseren Mitarbeitern Anweisung gegeben, die am Freitag, den 19. ds., bei Auszahlung gelangender Löhne auf der Grundlage eines 1000prozentigen Zuschlages

zu berechnen. Der hiesige Vertreter Ihres Verbandes hat gleichfalls diesem Vorschlage zugestimmt. Die Lohnverhandlung aus Festsetzung weiterer Lohnzuschläge werden in der übernächsten Woche in der Zeit vom 23. bis 25. d. M. stattfinden. Nähere Mitteilungen über Termin und Ort werden Ihnen noch zugehen.

Arbeitgeberverband der Hutindustrie E. V. (Unterschrift)

Hierzu ist zu bemerken, daß unser Vertreter, Böder (Berlin) in der telephonischen Unterredung den anwesenden Herrn vom Arbeitgeberverband darauf aufmerksam machte, daß wir zwar zunächst damit einverstanden seien, wenn die Vereinbarung mit dem Deutschen Hutarbeiterverband stattgefunden habe, daß aber unsere Vertreter nach Stellungnahme bei der schon in nächster Zukunft stattfindenden neuen Verhandlung darauf zurückkommen könnten.

Am 25. Januar fand nun die neue Verhandlung statt. An derselben nahm unsererseits unser Zentralvorsitzender, Kollege Schwarzmann (Köln), und Böder (Berlin) teil. Wir waren nun zunächst erkannt, zu erfahren, daß die obige Vereinbarung tatsächlich nicht zu Stande gekommen sei, sondern der Deutsche Hutarbeiterverband den Schlichtungsausschuß Dresden angerufen habe. In einer Besprechung der beiden Verbände klärte sich dann die Sache auf. Auch Herr Dr. Kohnberg (Köln) gab auf Anfrage des Kollegen Hauptmann vom Deutschen Hutarbeiterverband an, daß die Sache auf Irrtum beruhe.

Die neue Verhandlung gestaltete sich auf Grund der gegebenen Sachlage schwierig. Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie infolge der Kränkung des Schlichtungsausschusses nicht in der Lage seien, eine Regelung für die zurückliegende Zeit zu treffen; es könne nur verhandelt werden für die Zeit ab Lohnwoche des 27. Januar. Gegenüber der Forderung der Arbeitnehmerverbände — unsererseits war 70 Prozent auf den Lohnjah von 374 M. gefordert — boten die Arbeitgeber zunächst die Erhöhung der Zuschläge auf 1000 Prozent, doch nicht 27 Prozent, an. Nachdem unsere Vertreter dies Angebot als nicht diskutabel bezeichnet hatten, und die Arbeitgeber noch ein Paar Zwischenanschläge machten, kam dann folgender Vorschlag der Fabrikanten zur Annahme:

Zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Hutindustrie E. V. wird in der gemeinsamen Sitzung vom Donnerstag, den 20. Januar 1923, folgende Abmachung getroffen:

1. Für die Lohnwoche, in die der Sonnabend, 20. Januar, fällt, bestmmt sich der Lohnzuschlag auf 1200 Prozent (Spitzenlohn 400 M.).
2. Für die Lohnwochen, in welche der Sonnabend, 27. Januar 1923; Sonnabend, 2. Februar 1923, und Sonnabend, 10. Februar 1923, fällt, bestmmt sich der Lohnzuschlag auf 1500 Prozent (Spitzenlohn 544 M.).
3. Die Gewerkschaft nimmt ihre Beiträge auf Verhandlung über die Löhne der zurückliegenden Wochen beim Schlichtungsausschuß zurück.
4. Sämtliche Löhne erhöhen sich automatisch nach den zu 1. und 2. festgesetzten Zuschlägen.

Zu diesem Vorschlag hatten vor Annahme die Vertreter der Verbände Stellung genommen. Sie waren sich bewußt, daß er zur Abstellung der Leuzerung nicht genügend hiet, konnten sich aber angesichts der ganzen wirtschaftlichen Lage und der Notwendigkeit, auch in unserer Industrie bald wieder zu einem geordneten Lohnverhältnis zu kommen, nicht an eine Ablehnung entschließen. Sie versuchten denn noch, einige Verbesserungen zu erreichen; diese wurden jedoch von den Fabrikanten mit der Begründung des für sie schlechten Lage abgelehnt.

Wir glauben nun, unseren Mitgliedern die Annahme gleichfalls empfehlen zu sollen. Es wird unser Streben sein müssen, in den kom-

wenden Verhandlungen gegenüber den anderen Berufen unsere Löhne aufzubolen. Der nächste Verhandlungstermin ist auf Montag, den 12. Februar, festgelegt.

Verbandsnachrichten.

Der Verbandsbeitrag richtet sich nach dem Stundenlohn der Mitglieder. Zahlungsgemäß zahlt jedes Mitglied 20 Prozent des Stundenlohnes als Wochenbeitrag. Pünktliche Beitragszahlung ist erste Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers.

Der 6. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 4. Februar bis 11. Februar.

Der 7. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 11. Februar bis 17. Februar.

Abrechnungen. Bis zum 27. Januar haben folgende Ortsgruppen für das 4. Quartal 1922 abgerechnet:

1. Bezirk: Augsburg, Bamberg, Berchtesgaden, Kaufbeuren, Nürnberg, Bad Reichenhau, Traunstein, Weiden, Würzburg.

2. Bezirk: Biberach, Darmstadt, Degglingen, Freiburg, Krielenheim, Nüßesheim, Konstanz, Lindenberg, Würzburg, Seiten, Mannheim, Pforzheim, Ravensburg, Rottweil, Speyer I, Speyer II, Seligenstadt, Somborn, Steinweiler, Schwarzhelm, Ulm, Jorndheim.

3. Bezirk: Aachen, Bonn, Coblenz, Datteln, Dortmund, Düsseldorf, Düren, Emmerich, Gelsenkirchen, Hallertau, Herxelle, Hamm, Kiersloh, Krefeld, Krefeld, Ruppstadt, Weyen, Münster, Deft, Rheine, Rheindt, Stertrabe, Soest, Trier, Werfen, Warburg.

4. Bezirk: Aurich, Bremen, Cüstrin, Drigelsköt, Gütersloh, Hannover, Hildesheim, Heiligenstadt, Sorau.

5. Bezirk: Albernau, Bodau, Glak, Gdrlik, Hinderburg, Königberg, Kottowik, Langenbieselau, Plegnik, Neustadt, Neisse, Niederschlesien, Schweidnitz, Zwickau, Jegenhals.

Der Zentralvorstand.
J. A. Schwarzmann.

Aus den Ortsgruppen.

Böden. Am 16. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Derhülle Lohnverhandlungen in der Buch- und Damenkostümbranche fanden je neun statt. Die Lohnabschlüsse in der Buchbranche vollzogen sich ziemlich glatt; dagegen hatten wir in der Damenschneiderlei mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Schneiderinnung übt gerne die Taktik, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Dadurch kommen die Kolleginnen meist zu spät in den Genuß höherer Löhne. Zeitweise waren die Löhne durch die Preissteigerungen bereits wieder überholt, als sie in Kraft traten. Ein Vorstoß der Organisation zwecks Regelung der Löhne in der Schürzenfabrik Meyer mißlang, da die Kolleginnen die Organisationsleitung im entscheidenden Moment im Stich ließen. Vielleicht haben sie inzwischen ihre Fahnenstucht schon bereut; die Organisationsleitung wird jedoch sobald nicht wieder Zeit und Mühe verwenden, um für diese Kolleginnen geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die Kolleginnen mögen erst einmal den Radwels liefern, daß sie echte und rechte Gewerkschaftlerinnen werden und dauernd bleiben wollen. Dann läßt sich wieder darüber reden.

Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Rheindt. Unsere Ortsgruppe hielt am 13. Januar unter harter Beteiligung der Mitglieder ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß es Ehrenpflicht aller Mitglieder sein müsse, auch im neuen Geschäftsjahre treu zur Organisation zu halten, da die Organisation allein uns in den Stand setze, nach trübere Stunden, die uns bevorstehen, zu überwinden. Kollege Koch gab den Geschäfts- und Kassendbericht. Die Vorstandswahl endete mit dem Ergebnis, daß der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Einige Ersatzmitglieder wurden ebenfalls einstimmig gewählt.

Die Versammlung beschloß sodann, eine Umgründung für Stierbestände einzuführen. Die

Satzungen wurden beraten und angenommen. Ein großer Teil der Anwesenden ließ sich sofort als Mitglied eintragen. Kollege Koch gab sodann den Bericht über die letzte Verhandlung in der Konfektion. Das Ergebnis — 25 Prozent Erhöhung für die Zeit vom 15. 1. bis 27. 1. — befriedigte nicht ganz. Im Hinblick auf die kurze Geltungsdauer wurde jedoch den Abmachungen zugestimmt und die Leitung beauftragt, baldige neue Forderungen zu stellen. Nach Erledigung einiger organisatorischen Fragen richtete der Vorsitzende einen Appell an die Versammelten, auch im neuen Jahre Opferfreudigkeit und Gewerkschaftsgeist an den Tag zu legen, mitzuwirken am Wiederaufbau des Deutschen Vaterlandes und schloß dann die gut verlaufene Versammlung.

Siegburg. Am 3. Januar fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Sie war sehr gut besucht. Der 1. Vorsitzende gab den Jahresbericht. Danach war die Verbandsarbeit im Berichtsjahre ungemein schwer, jedoch erfolgreich. Im letzten Jahre haben sich endlich einmal auch die Kolleginnen der Damenkostüm- und Buchbranche der Organisation angeschlossen. Auch die Näherinnen der Steppdeckenfabrik Koffheid u. Sturen wurden im letzten Jahre organisiert. Die Lohnbewegungen in den einzelnen Berufsgruppen waren, wie überall, sehr zahlreich. In den Versammlungen wurden neben der Behandlung der Lohnfragen eine Anzahl belehrende Vorträge gehalten, für die tüchtige Referenten gewonnen waren. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 17 auf 65. Nach der Erledigung der inneren Verbandsarbeiten arbeiteten die Mitglieder im Gewerkschaftsarbeit für das Allgemeinwohl mit. Unsere Gruppe stellte Vertreter im Kuratorium der städtischen Berufsschule, am Gewerbegericht und in der Kranrentkasse.

Die Vorstandswahl vollzog sich glatt. In dankenswerter Weise stellten sich die Kolleginnen und Kollegen für die einzelnen Posten zur Verfügung. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß unsere Gruppe in diesem Jahre ihr jährliches Bestehen feiern kann. Es ist hierfür der 4. Februar vorgesehen. Alles in allem kann die Ortsgruppe mit Befriedigung auf ihre bisherige Tätigkeit zurückblicken, sowohl in Bezug auf die Gestaltung der Löhne, als auch bezüglich der Schulung der Mitglieder. Nun gilt es, das Erzeugene zu halten und auszubauen. Dazu ein „Stück auf!“ im 11. Geschäftsjahr.

Rundschau.

Sozialisten und Achtstundentag. Nach wie vor hält die Sozialdemokratie den Grundgeden des Achtstundentages hoch. In der Praxis kommt man indes mehr und mehr davon ab. So hat der sozialdemokratische Neureichungspräsident von Düsseldorf, Dr. Gähler, den Leuzerker neun Stunden befristigt werden dürfen. Der sozialdemokratische Oberpräsident von Sachsen, Hörsing, hat am 11. November an den Arbeitgeberverband der Braunkohlen-Industrie in Halle ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach der Arbeit im Bergbau noch bei der Erntearbeit auf den Kartoffel- und Zuckerrübenfeldern helfen möchten. — Es gibt also doch, trotz allem sozialdemokratischen Doktrinarismus Fälle, wo praktisch mit einer nur achtstündigen Arbeitszeit nicht auszukommen ist.

Sterbetafel.

Es starben die Mitglieder:
Joh. Stangl, Krefeld.
Joh. Georg Wegel, Siegburg.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsgruppen.